

# **Arme Kommunen in einem reichen Land**

—

**Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Steuerung**

# **Ein kurzer Blick auf die Kommunalfinanzen**

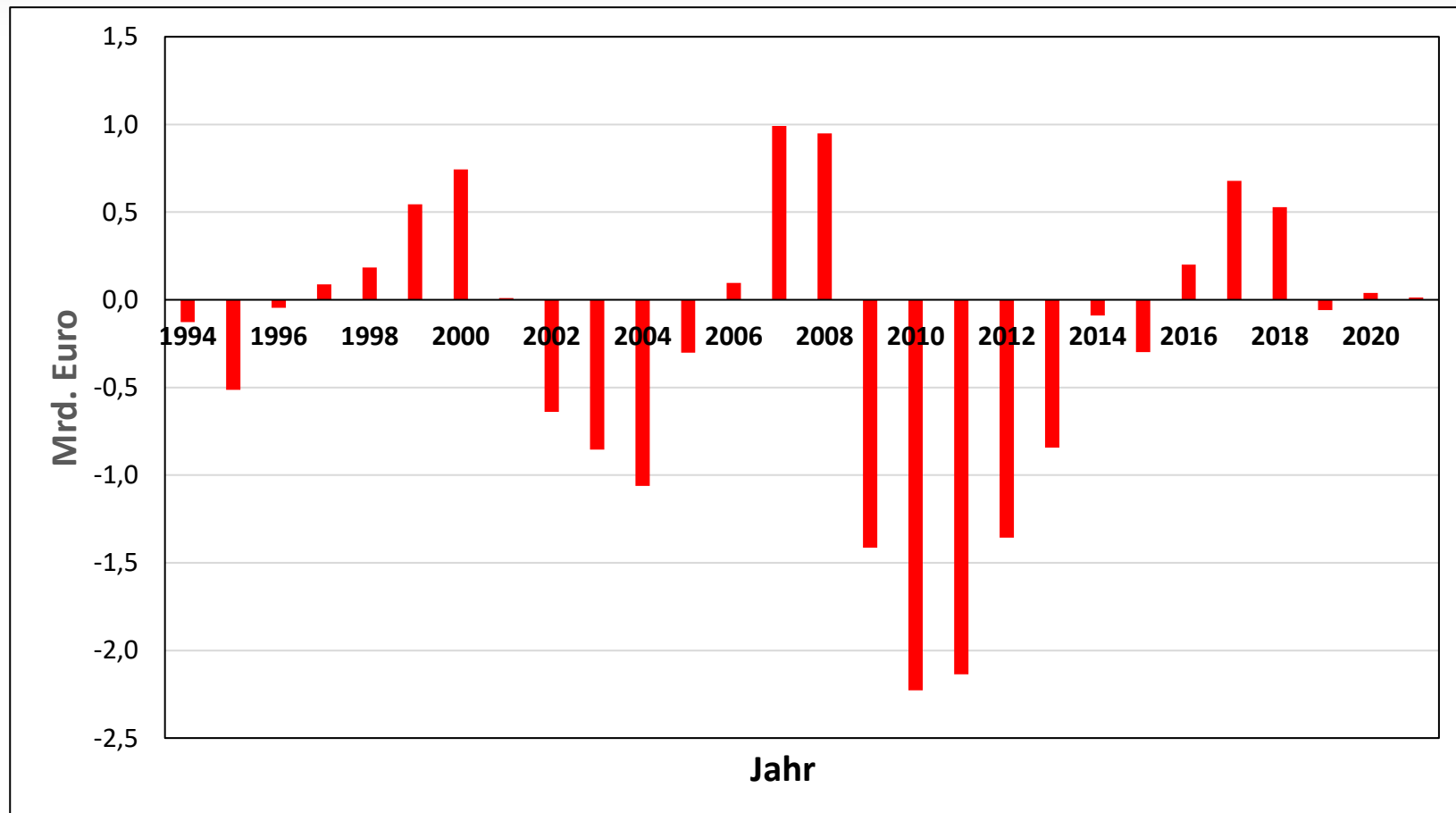
# Reaktion von Bund und Ländern im Rahmen der Corona-Krise...

- Bund und Länder stabilisieren die Kommunalfinanzen im Jahr 2020 insbesondere durch pauschalierten Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen in Höhe von 10,8 Mrd. Euro. Außerdem entfiel ab 2020 die erhöhte Gewerbesteuerumlage (Beteiligung der Kommunen an den Kosten der Wiedervereinigung).
- Die selbst im Laufe des Jahres 2021 zunächst noch befürchteten hohen Defizite sind dann nicht eingetreten.

# Kommunal Finanzen Hessen

- Kommunalfinanzentwicklung 2020 und 2021 relativ stabil wie in Deutschland insgesamt.
- Kein Einbruch bei den Investitionen.
- Kassenkredite: Entschuldung durch Kommunalen Schutzschirm (2012) und durch die HESSENKASSE (2018). Aktuell kein relevanter Anstieg bei den Kassenkrediten.
- Investitionsstau: es gibt keine regionalisierten Zahlen, dieser ist nach allen verfügbaren Informationen auch in Hessen ein großes Problem...

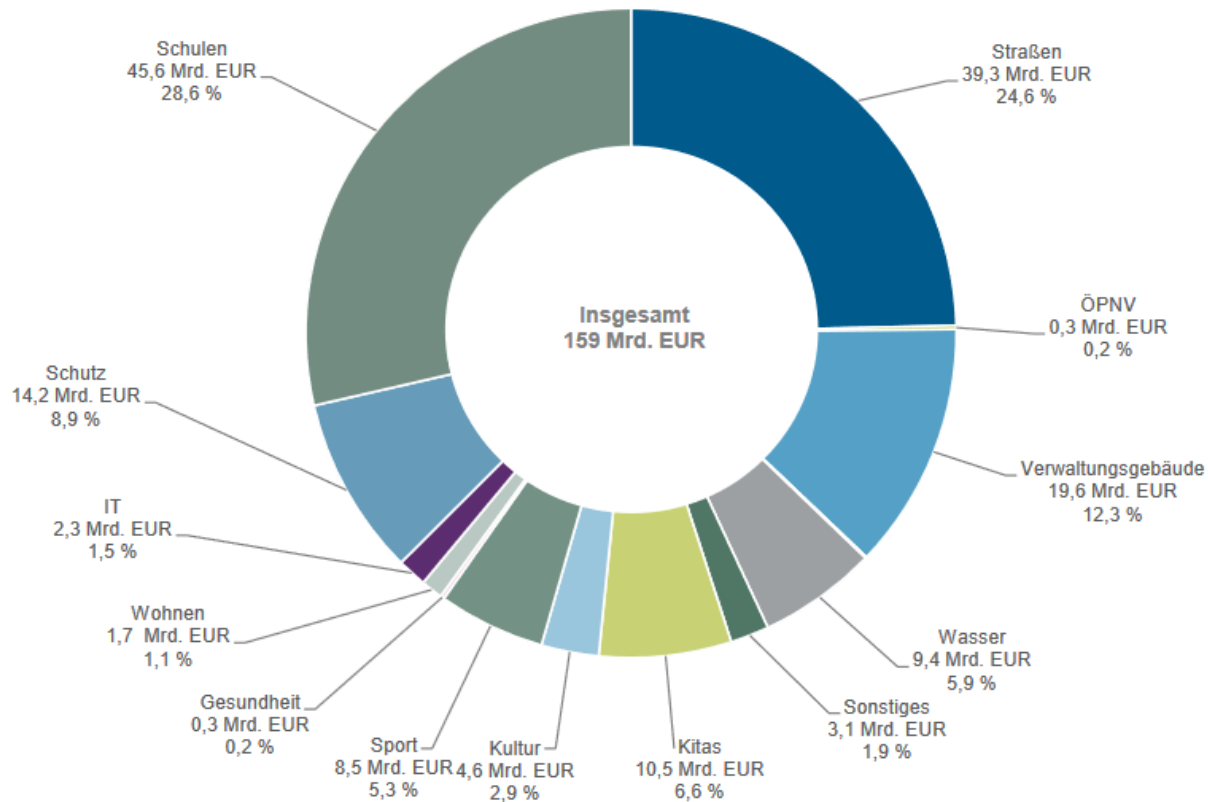
# Finanzierungssaldo Hessen



**(Ausgewählte) Probleme...**

---

# Kommunaler Investitionsstau



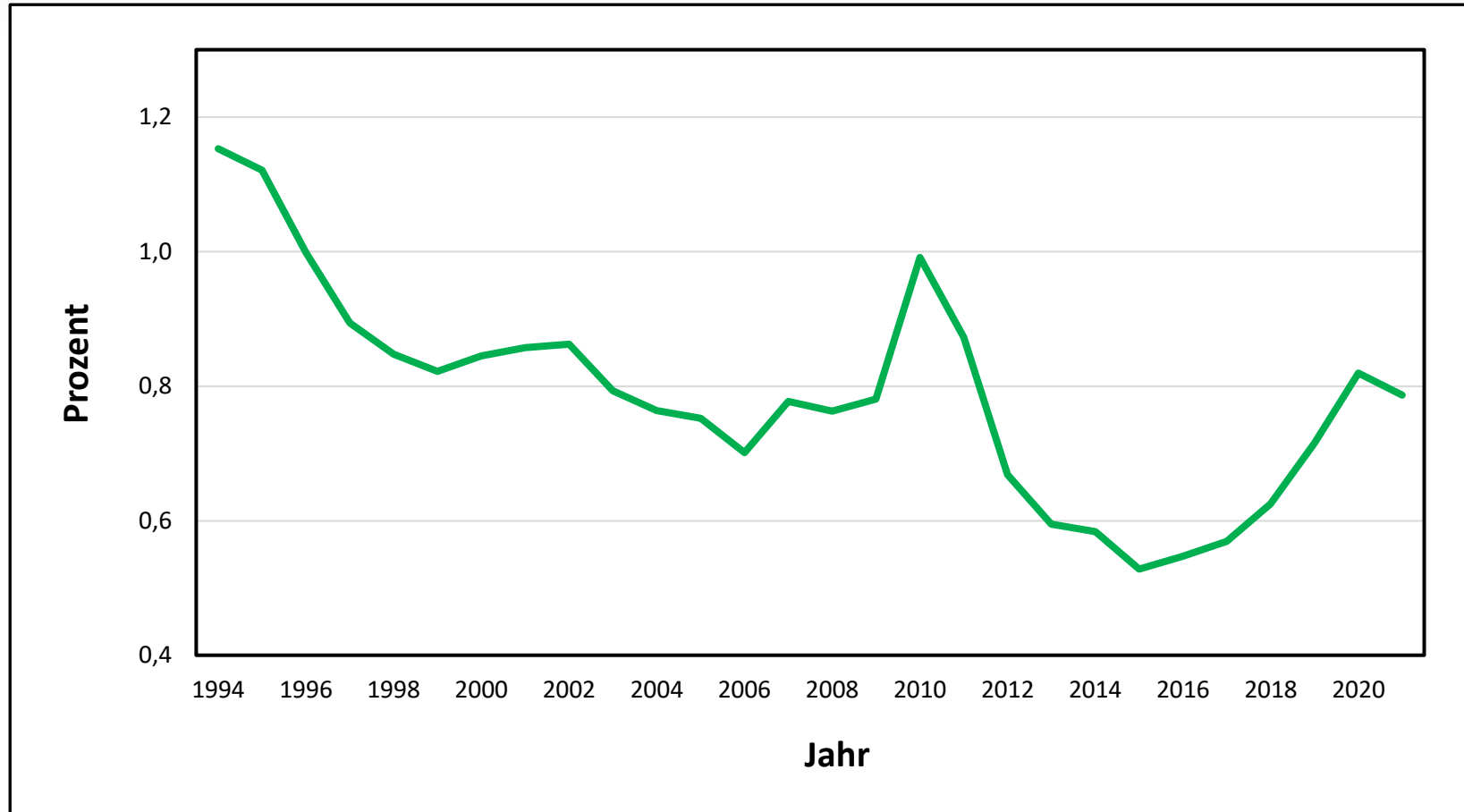
Quelle: KfW-Kommunalpanel 2022, durchgeführt vom Difu von September bis Dezember 2021

# Investitionsstau in Hessen...

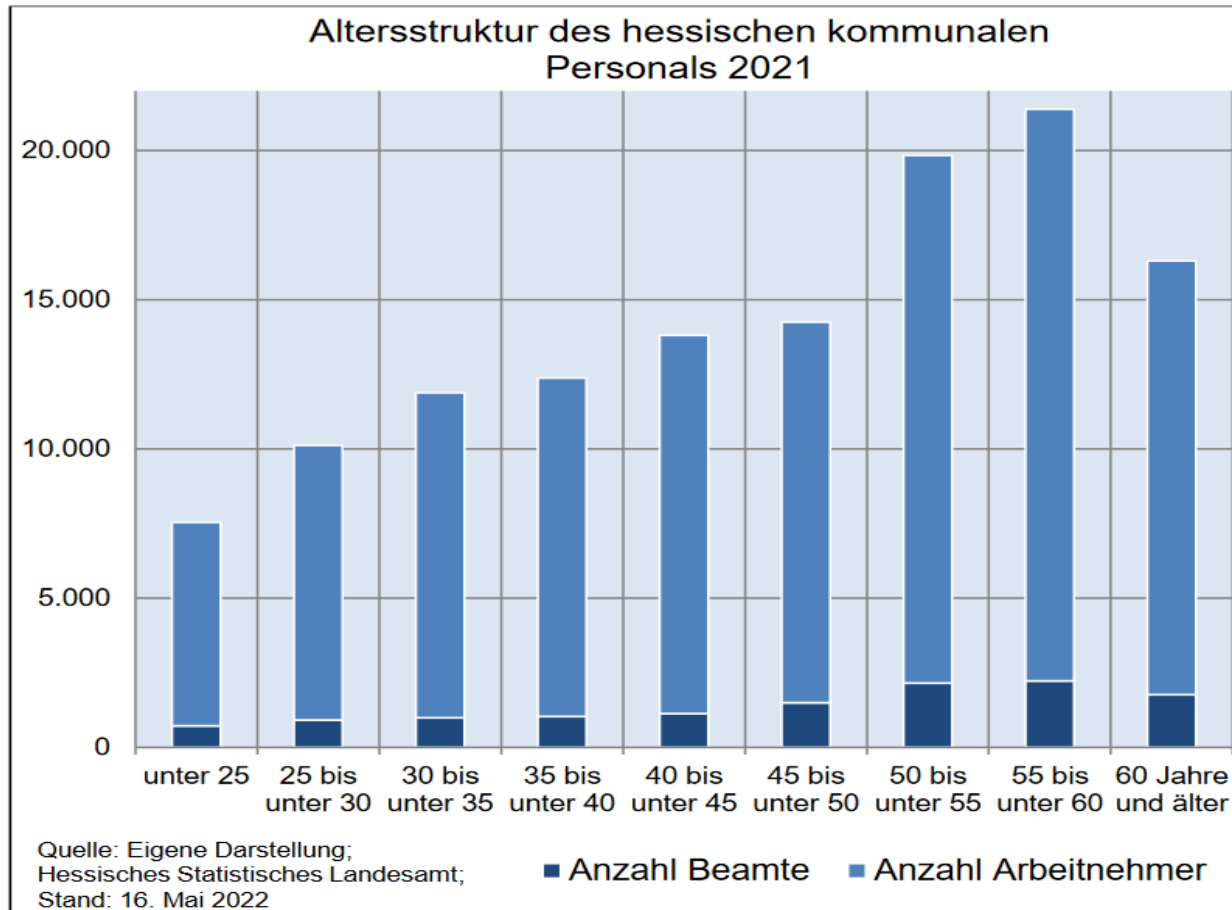
- ... ist unbekannt. Es gibt keine Erhebungen auf der Ebene der Bundesländer.
- Die GEW Hessen vermutet, dass sich der Investitionsstau alleine im Schulbereich auf 4-5 Milliarden Euro beläuft. Alleine in Frankfurt ist von mehr als 2 Milliarden Euro auszugehen.
- Ein bedeutender Investitionsstau besteht in Hessen auch im Bereich der Straßen und Brücken.



# Investitionsquote Hessen



# Altersstruktur des hessischen kommunalen Personals zum 30. Juni 2022



- Zum 30. Juni 2021 arbeiteten insgesamt 127.490 Personen in Voll- oder Teilzeit für die hessischen Kommunen (Kern- und Extrahaushalte). Hiervon waren knapp 10 Prozent Beamt\*innen und gut 90 Prozent Arbeitnehmer\*innen.
- In den nächsten 10 bis 15 Jahren werden viele kommunale Beschäftigte altersbedingt in den Ruhestand eintreten. Zum 30. Juni 2021 waren 45 Prozent der Beschäftigten 50 Jahre oder älter.
- Beim Werben um ein potenziell schrumpfendes Arbeitskräfteangebot sind dabei die entscheidend Parameter die Bezahlung und arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen.

- Dabei muss bedacht werden, dass in vielen Kommunen schon jetzt ein erheblicher Personalbedarf besteht, zum Beispiel im Bereich der Bauverwaltung.
- Im KfW-Kommunalpanel wird seit Jahren darauf hingewiesen, dass unzureichende personelle Kapazitäten in der Verwaltung eines der zentralen Investitionshemmnisse sind – es fehlt in den Bauverwaltungen konkret an Bauingenieuren und an Architekten. Hier ist in der Vergangenheit Personal abgebaut worden, was sich jetzt rächt.

# Personal im Elementar- und Primarbereich

- Ein weiteres Beispiel ist der Bereich der Kinderbetreuung: Gemessen an einem kindgerechten Personalschlüssel und ausreichenden Plätzen fehlen in Hessen aktuell rund 28.000 Fachkräfte im Kita-Bereich.
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab dem Schuljahr 2026/27 erhöht den Bedarf an Erzieher\*innen und auch an Lehrkräften in Hessen: Zusätzlicher Platzbedarf zwischen 54.000 und 71.000 Plätzen, ein tragfähiger Personalschlüssel würde zusätzlich 3.000 Erzieher\*innen und 1.900 Lehrkräfte erfordern (zusätzliche Personalkosten: rund 500 Mio. Euro).

# Positionspapier Finanzen der Kommunalen Spitzenverbände

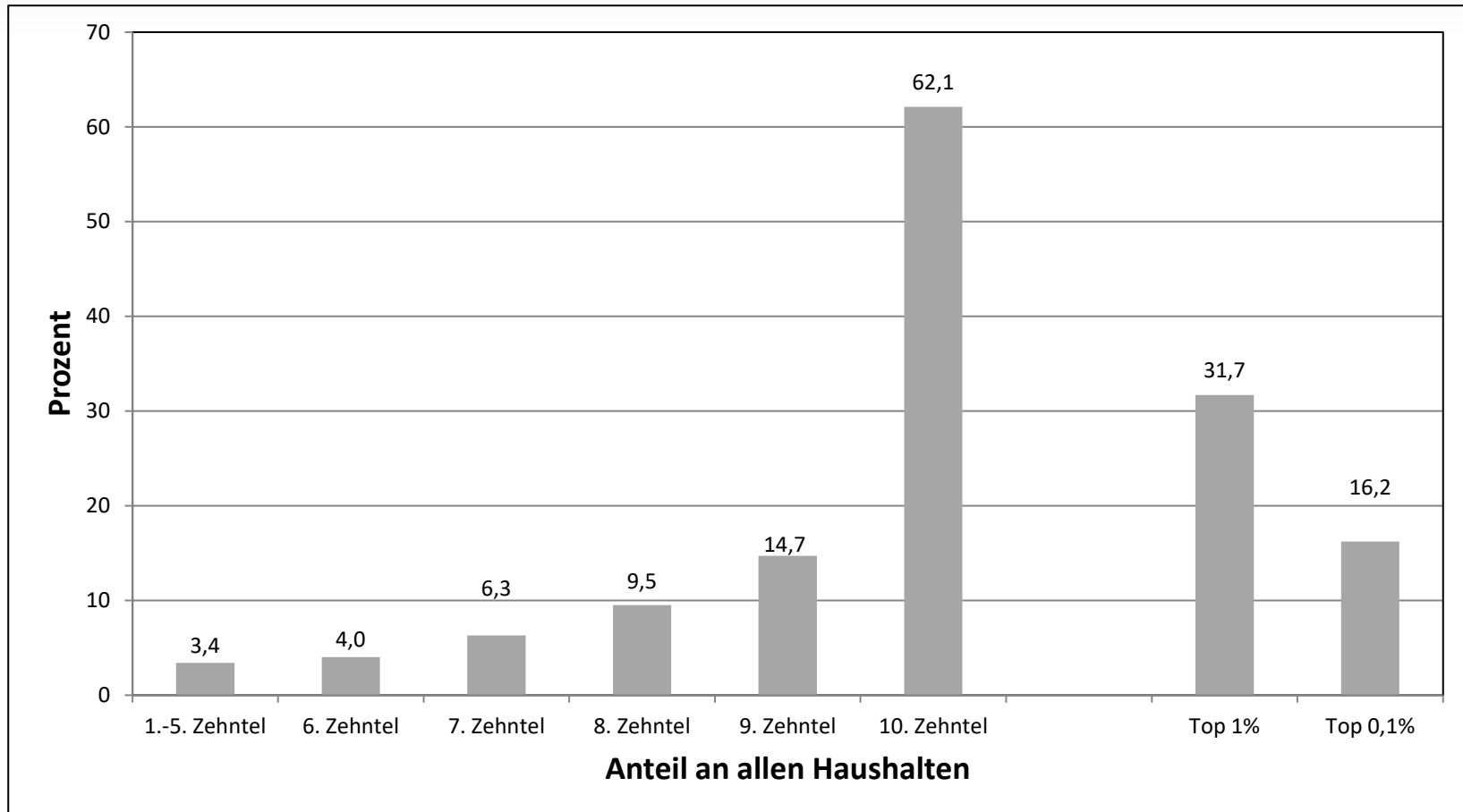
- Mit Blick auf den Doppelhaushalt des Landes haben die Kommunalen Spitzenverbände ein Positionspapier vorgelegt, in dem sie für das Jahr 2023 rund 1,1 Mrd. Euro und 2024 1,2 Mrd. Euro vom Land an zusätzlichen Mitteln verlangen.
- Sie fordern das Geld für den Landeswohlfahrtsverband, den ÖPNV, die Krankenhäuser, den Bereich Asyl/geflohene Menschen, die Digitalisierung der Schulen, Investitionen und den Betrieb von Kitas, die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, die auskömmliche Finanzierung von Jugendämtern, die Beteiligung an den Investitionskosten für Altenpflegeeinrichtungen.

# **Strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte beseitigen...**

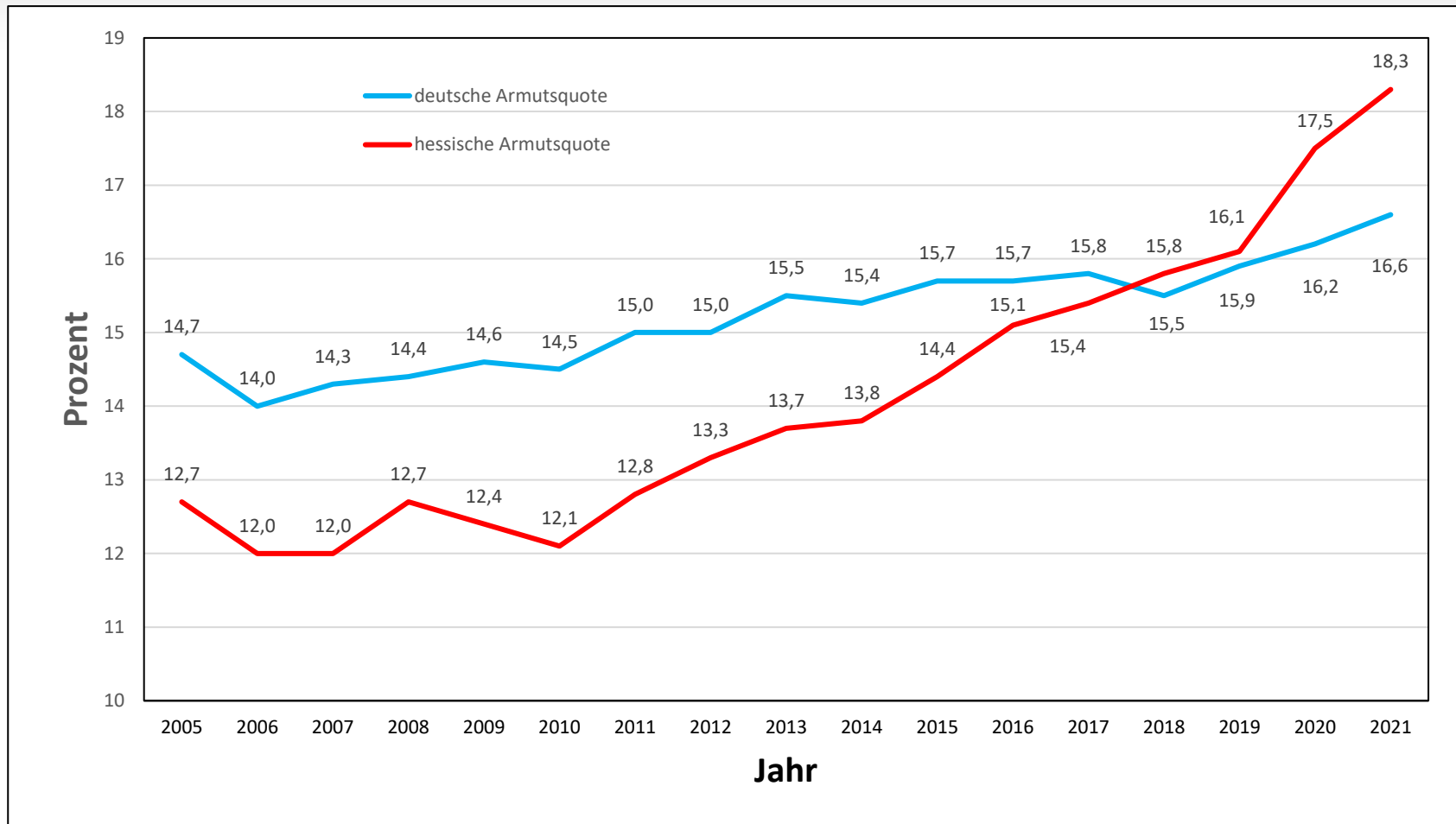
- Für die kommunalen Haushalte stellt ihre **strukturelle Unterfinanzierung** das zentrale Problem dar. Sie können nur in beschränktem Umfang selbst für zusätzliche Einnahmen sorgen (Hebesatzrecht bei Gewerbe- und Grundsteuer).
- Forderung 1: Abschaffung der Schuldenbremse, damit Bund und Länder Investitionen wieder durch Kredite finanzieren können (faktisch wird die Schuldenbremse schon jetzt umgangen).
- Forderung 2: höherer Spitzensatz bei der Einkommensteuer, höhere Unternehmenssteuern, Wiedererhebung der Vermögensteuer, stärkere Besteuerung großer Erbschaften (insb. Betriebsvermögen) ...



# Vermögensverteilung in Deutschland



# Armutquoten 2005-2021



# Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

**Kai Eicker-Wolf**

**DGB Hessen-Thüringen**

Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik

Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

60329 Frankfurt

Telefon

(+49) 69-27300553

Mobil (+49) 151-14275261

E-Mail [kai.eicker-wolf@dgb.de](mailto:kai.eicker-wolf@dgb.de)

---